



Dr. Birgit Grundmann
Staatssekretärin

An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Mechthild Rawert
Platz der Republik 1
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

TEL (030) 18 580-9020

FAX (030) 18 580-9994

E-MAIL st-grundmann@bmj.bund.de

DATUM 5. August 2013

Betr.: Ihre schriftliche Frage Nr. 7/311 vom 25. Juli 2013

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

Ihre o. a. Frage beantworte ich wie folgt:

Frage Nr. 7/311:

Welche sicherheits- und verbraucherschutzrelevanten Regelungen existieren im Reiserecht bei Fällen einer unsicheren bzw. undurchsichtigen Lage in beliebten Reiseländern, wie z. B. Ägypten, und was unternimmt die Bundesregierung, dass Reiseveranstalter und Reiserücktrittsversicherer die Absage einer bereits gebuchten Pauschalreise in Länder, von denen das Auswärtige Amt aufgrund der „unbeständigen Sicherheitslage dringend“ abrät, ohne mühsamen Gerichtsweg stornierungskostenfrei akzeptieren?

Antwort:

Gemäß § 651j Absatz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) kann sowohl der Veranstalter einer Pauschalreise wie der Reisende einen Pauschalreisevertrag kündigen, wenn die Reise infolge bei Vertragsabschluss nicht voraussehbarer höherer Gewalt erheblich erschwert, gefährdet oder beeinträchtigt wird.

Wird der Vertrag gekündigt, so verliert der Reiseveranstalter den Anspruch auf den vereinbarten Reisepreis. Wurde die Reise bereits angetreten, ist der Reiseveranstalter verpflichtet, die infolge der Aufhebung des Vertrags notwendigen Maßnahmen zu treffen, insbesondere den Reisenden zurückzubefördern, soweit der Vertrag die Rückbeförderung umfasste. In diesem Fall kann der Reiseveranstalter für die bereits erbrachten oder zur Beendigung der Reisen noch zu erbringenden Reiseleistungen eine Entschädigung verlangen. Die Mehrkosten für die Rückbeförderung sind von den Parteien je zur Hälfte zu tragen, evtl. weitere Mehrkosten hat der Reisende zu tragen (§ 651j Absatz 2 in Verbindung mit § 651e Absatz 3 Satz 1 und 2, Absatz 4 Satz 1 BGB).

Für die Kündigung nach § 651j BGB ist keine bestimmte Form vorgeschrieben. Eine Begründung ist nicht erforderlich. Auch eine Kündigungsfrist sieht das Gesetz nicht vor.

Für die Beurteilung der Frage, ob die Voraussetzungen für eine Kündigung nach § 651j BGB vorliegen, gilt Folgendes:

a) Höhere Gewalt

Höhere Gewalt im Sinne dieser Vorschrift erfordert ein von außen kommendes, unvorhersehbares und erhebliches Ereignis, das auch bei der äußersten vernünftigerweise zu erwartenden Sorgfalt nicht hätte abgewendet werden können. Dabei darf dieses Ereignis nicht in das allgemeine Betriebsrisiko des Reiseveranstalters fallen. Höhere Gewalt kann insbesondere anzunehmen sein bei Krieg, inneren Unruhen, hoheitlichen Anordnungen, Epidemien oder Naturkatastrophen und ähnlichen schwer wiegenden Ereignissen.

b) Nicht vorhersehbar bei Vertragsschluss

Die Ereignisse, die als höhere Gewalt anzusehen sind, müssen nach der Buchung und vor der Kündigung eingetreten sein. Für die Beurteilung der Vorhersehbarkeit ist darauf abzustellen, ob ein verantwortungsbewusster Reiseveranstalter oder Reisender bei entsprechenden zumutbaren Bemühungen über die Umstände am Zielort informiert sein könnte. Einem Reisenden, der trotz einer bereits bestehenden und bekannten Gefahrenlage in seinem Ziel-land eine Reise bucht, steht daher kein stornokostenfreies Kündigungsrecht zu.

c) Erhebliche Erschwerung, Gefährdung oder Beeinträchtigung

Bei der Beurteilung, ob eine dieser Voraussetzungen vorliegt, ist auf die objektive Lage in dem Land im Zeitpunkt der Kündigungserklärung abzustellen, nicht auf das subjektive Empfinden des Reisenden.

Eine erhebliche Erschwerung der Reise liegt dann vor, wenn die Reise zwar noch entsprechend dem Programm durchgeführt werden kann, dies aber nur mit unzumutbaren Belastungen, beispielsweise durch polizeiliche Sicherheitsmaßnahmen oder medizinische Quarantäne, möglich ist. Eine erhebliche Beeinträchtigung liegt vor, wenn einzelne Teile der vertraglichen Leistungen nicht mehr erbracht werden können.

Eine erhebliche Gefährdung liegt vor, wenn während der Reise unzumutbare persönliche Sicherheitsrisiken für den Reisenden bestehen. Die Voraussetzungen für eine erhebliche Gefährdung der Reise sind – mit Blick auf die berechtigten Sicherheitsbedürfnisse der Reisenden – bereits dann gegeben, wenn unter Berücksichtigung der Umstände des konkreten Einzelfalls mit einer erheblichen Wahrscheinlichkeit mit einer solchen Entwicklung zu rechnen ist. Hat das Auswärtige Amt eine konkrete Reisewarnung (erhöhtes Sicherheitsrisiko) für ein bestimmtes Gebiet ausgesprochen, ist dies als Indiz einer erheblichen Gefährdung von Leib und Leben durch höhere Gewalt anzusehen. Gleiches gilt für Warnungen der WHO. Von diesen Reisewarnungen zu unterscheiden sind allgemeine Sicherheitshinweise, bei denen lediglich konkrete Verhaltenshinweise für Urlauber in bestimmten Gebieten gegeben werden.

Diese vorgenannte Regelung bietet dem Reisenden einen umfassenden und ausreichenden Schutz, wenn nach der Buchung einer Reise in dem von ihm gewählten Zielgebiet eine unsichere Lage entsteht. Weitergehende gesetzliche Vorgaben, insbesondere die Regelung von einzelnen Anwendungsfällen, sind angesichts der Vielzahl der denkbaren Konstellationen weder möglich noch sinnvoll. Aufgrund der detaillierten Rechtsprechung, die in den vergangenen Jahren zu dieser Vorschrift ergangen ist, dürfte die Beurteilung, ob eine erhebliche Erschwerung, Gefährdung oder Beeinträchtigung der Reise vorliegt, zwischenzeitlich in vielen Fällen eindeutig sein. Kommt es gleichwohl nicht zu einer Einigung zwischen Reisendem und Reiseveranstalter, ist über die reiserechtlichen Ansprüche von den Gerichten anhand der Umstände des Einzelfalls zu entscheiden.

Hinsichtlich Ansprüchen aus der Reiserücktrittsversicherung ist darauf hinzuweisen, dass diese Versicherung im Fall von höherer Gewalt nicht eintritt. Diese Versicherung deckt nur das Risiko ab, dass der Versicherte, der Mitreisende oder ein naher Angehöriger durch bestimmte persönliche Ereignisse betroffen wird, die eine Durchführung der gebuchten Reise unzumutbar machen. Hierzu gehören beispielsweise die schwere und unerwartete Erkrankung des Versicherten oder eines nahen Angehörigen oder Schäden am Eigentum infolge von Feuer, Explosion oder Elementarereignissen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'B. J. ab', followed by a long horizontal line extending to the right.